



BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

10. JAHRGANG • NR. 64

MAI 2011

STANDPUNKT

- 2 Die überforderte Bundesregierung

HOME PAGE

- 3 Wegweiser zur neuen Internetseite

WAHLKREIS

- 5 Bilderausstellung im Bürgerbüro Porz
- 5 SPD-Frühjahrsempfang
- 6 Eintrag ins Gästebuch des Stadtbezirks Porz
- 7 Kurz berichtet: Wanderausstellung des Bundestages; Anti-Atomkraft-Demo; „Girls Day“; SPD-Vorsitzende; KEC-Verwaltungsrat

KÖLN

- 8 MdB-Veranstaltung zur Bürgerversicherung
- 8 Parteitag der KölnSPD wählte neuen Vorstand
- 9 Bürgerbefragung zum Hafenausbau in Godorf

BUNDESTAG

- 10 Vorsitzwechsel im Wirtschaftsausschuss
- 10 SPD-Fraktion legt drei Anträge zum neuen Telekommunikationsrecht vor
- 11 „Schnelles Internet für alle“ - Rede von Martin Dörmann zum Breitbandausbau
- 13 Aktuelles zur Enquete-Kommission
- 13 SPD-Fraktion erarbeitet Modernisierungskonzepte
- 14 Atomausstieg: SPD-Konzept für eine nachhaltige, bezahlbare Energieversorgung
- 15 Nachhaltige Bewältigung der Finanzkrise im Euro-Raum
- 16 Faire Bedingungen bei Arbeitnehmerfreizügigkeit
- 19 Bundestag berät Präimplantationsdiagnostik

SPD

- 18 Konzept für eine solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen

SERIE: POLITISCHE INTERNETSEITEN

- 19 NRW SPD

INFOS UND IMPRESSUM

- 20 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen, Büros, Impressum



Die Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten Rolf Mützenich, Karl Lauterbach und Martin Dörmann plädierten in einer gemeinsamen Diskussionsveranstaltung für die solidarische Bürgerversicherung (Artikel auf den Seiten 8 und 18)

Bürgerversicherung

Das SPD-Konzept

Seite 8

Mitgliederausgabe • Redaktionsschluss: 19.5.2011

Die überforderte Bundesregierung

Die Realität von Schwarz-Gelb: konzeptionslos, unsozial, ungeliebt

Liebe Genossinnen und Genossen,
voraussichtlich wird die **schwarz-gelbe Bundesregierung** als ein großes Missverständnis in die Geschichte eingehen. Von Anfang an arbeitet sie ohne echte Zukunftsvision und überzeugendes Personal, uneinig, ungeliebt.

Die wichtigsten schwarz-gelben Projekte sind inzwischen überholt oder zumindest diskreditiert.

In der **Steuerpolitik** hat die offensichtliche Ausrichtung auf eine gut betuchte Klientel wie die unsinnige Entlastung von Hoteliers jegliche Glaubwürdigkeit zunichte gemacht und fehlende Haushalts-Kompetenz offengelegt.

Die **Bundeswehrreform** hatte der frühere Minister zu Guttenberg mehr als schlampig vorbereitet, wie sogar sein Nachfolger de Maizière kürzlich erfrischend offen deutlich gemacht hat.

In der **Außenpolitik** leben wir weiterhin mit der größtmöglichen personellen Fehlbesetzung als Minister.

Die **Gesundheitsreform** wurde einseitig auf dem Rücken der Versicherten und Patienten umgesetzt. Sie tragen zukünftig alleine die absehbaren Kostensteigerungen im Gesundheitswesen. Die Arbeitgeber sind dabei außen vor. Das führt bei bisher üblichen Steigerungsraten bereits 2017 zu einer monatlichen (einseitigen) Mehrbelastung von 73 Euro für Arbeitnehmer/innen und Rentner/innen. Damit werden mögliche Rentenerhöhungen faktisch gleich wieder kassiert.

Ein klassisches Eigentor hat man sich in der **Energiepolitik** mit der Rücknahme des von Rot-Grün erreichten Atomkonsenses geleistet, indem man die Laufzeit für Kernkraftwerke verlängert hat. Es bedurfte einer Reaktorkatastrophe in Japan, um für sich die „Energiewende“ zu entdecken – die eigentlich vor Schwarz-Gelb schon lange beschlossen war. Dabei war stets klar: selbst wenn das Risiko eines Unglücks oder Versagens statistisch relativ gering ist – die Folgen sind umso schlimmer. Unter dem Strich ist deshalb die Atomtechnologie nicht verantwortbar. Wir alle wissen: ein Sechser im Lotto ist noch unwahrscheinlicher, kommt aber doch immer wieder vor.

Nun muss diese Bundesregierung auch noch die **europäische Staatsschuldenkrise** und die damit verbundenen Gefahren für den **Euro-Raum** meistern. Auch in dieser Frage vermisst man ein klares Konzept. Stattdessen dominiert eher innenpoliti-

sches Kalkül und Verschleierungstaktik. Das Ansehen der deutschen Regierung ist auch in dieser Frage bei Insidern und den meisten Partnerländern tief gesunken.

Die Bundesregierung wirkt insgesamt schon nach 1 ½ Jahren Amtszeit ausgelaugt und ständig überfordert.

Die **SPD-Bundestagsfraktion** hat in den vergangenen Monaten ihre Alternativen zu Schwarz-Gelb vorgelegt.



Mit unserem **Energiekonzept** knüpfen wir an den von uns begonnen Weg aus der Atomkraft hin zu den erneuerbaren Energien an. Wir fordern eine Beschleunigung des Atomausstiegs und legen Alternativen für eine sichere, umweltschonende und bezahlbare Energieversorgung vor.

Zur gerechten Finanzierung des Gesundheitssystems hat die SPD ein eigenes, gerechnetes Konzept für eine **solidarische Bürgerversicherung** erarbeitet. Es sieht die tatsächliche paritätische Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer ergänzt durch einen aufwachsenden Steueranteil vor. Wir wollen verhindern, dass immer mehr Menschen zu Hilfeeempfängern durch einen sogenannten „Sozialausgleichs“ werden, der auch noch völlig unzureichend konzipiert ist.

Unsere Forderungen zur **Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes** liegen ohnehin seit langem auf dem Tisch. Sie würden die Staatskassen entlasten und die Binnenkonjunktur stärken.

In der Vorgängerregierung haben die Sozialdemokraten **Steinmeier, Steinbrück** und **Scholz** mit intelligenten Programmen dafür gesorgt, dass Deutschland insgesamt viel besser durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen ist, als man befürchten musste. Etwa mit den im Wesentlichen von ihnen konzipierten Konjunkturpaketen bis hin zum Kurzarbeitergeld.

Es kommt also doch darauf an, wer Deutschland regiert. Schwarz-Gelb sollte es nicht mehr lange sein.

Herzlichst
Euer

Wegweiser zur neuen Internetseite

Mehr Inhalt und bessere Übersichtlichkeit

Vor gut 2 Monaten ging die überarbeitete Homepage von Martin Dörmann online. Nach einer kurzen Vorstellung der Änderungen in der letzten Ausgabe möchten wir nun die Seite mit ihrem Inhalt und all ihren Funktionen einmal im Detail vorstellen

Startseite und Kategorien

Das neue Design der Homepage bietet bereits auf der Startseite ein übersichtliches Design. Dominierend ist der neuste Artikel, der durch klicken des Facebook oder Twitter Icons (links daneben) ohne großen Aufwand mit anderen geteilt und verbreitet werden kann.

In einem separaten Kasten auf der rechten Seite

finden sich zudem die letzten Artikel der Berlin Depesche und die Links zum Download der aktuellen Ausgabe.

Passend dazu sind darunter die Links zu allen Ausgaben der letzten 2 Jahre eingestellt.

In der Kategorienleiste finden sich die Unterseiten. Diese beinhalten weiter Informationen zur Person, den Büros in Köln und Berlin, sowie Bilder und Kontaktinformationen.

Am linken Rand sind die einzelnen Unterkategorien der Artikel aufgelistet, um die thematische Suche zu erleichtern. Darunter steht das immer 4 Jahre zurückgehende Artikelarchiv.



Blog zur Berlin Depesche mit Artikeln und Downloads

Hier können Artikel über ein soziales Netzwerk geteilt werden

martin-doermann.de auf Facebook folgen

Kategorien und Archive

Archiv: Berlin Depesche inklusive Sonderausgaben

Informationen zu den Büros

Auf den Unterseiten „Wahlkreis Köln“ und „Bundestag Berlin“ finden sich umfangreiche Informationen zu den Büros, die Martin Dörmann in Köln und Berlin unterhält. Neben den Kontaktmöglichkeiten, Informationen zu Mitarbeitern und Allgemeinem, sind dort auch weitere relevante Fakten wie

die letzten Wahlergebnisse und die Zusammensetzung der Bevölkerung der Kölner Stadtteile im Wahl-Wahlkreis aufgelistet.

Schwerpunktmäßig wird auf der Unterseite Berlin zudem die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten im Detail vorgestellt um Interessierten einen Eindruck davon zu vermitteln.

The screenshot shows the 'Wahlkreis Köln' website. A callout box labeled 'Kontaktinformationen' points to the 'Kontakt' section, which lists the address: 'Wahlkreisbüro Köln Porz, Büroleitung: Tim Cremer, Hauptstraße 327, 51143 Köln (Porz), Tel.: 02203 / 52144, Fax: 02203 / 51044, martin.doermann@wk.bundestag.de'. Another callout box labeled 'Allgemeine Informationen zu Büro und Wahlkreis sowie den Mitarbeitern' points to the 'Unterseiten' menu, which includes 'Büros und Mitarbeiterteam', 'Wahlkreisdaten', 'Karte des Wahlkreises', 'Bundestagswahl 2009', 'Wahlergebnisse', and 'SPD-Ortsvereine und Mandatsträger'. The main content area features a 'Vor Ort' section with a text description of the constituency and two images: a view of Cologne and a group photo of the office staff.

Persönliches und Bilder

Martin Dörmann ist stets um Transparenz seiner Arbeit bemüht. Deswegen steht auch der persönliche Bereich der Homepage ganz unter diesem Zeichen.

Neben einer Bildergalerie und Pressefotos sind Dokumente wie Info-Broschüre, Bilanzen und die „glä-

sernen Taschen“ (eine exemplarische Verdienst- und Ausgabenaufstellung) breitgestellt.

Als weitere Informationsquelle dienen zum Beispiel ein Fragebogen und ein Interview mit Martin Dörmann.

The screenshot shows the 'Persönliches' section of the website. A callout box labeled 'Informationen zur Person' points to the 'Unterseiten' menu, which includes 'Biografie', 'Fragebogen', 'Eigene Dokumente', 'Gespräch mit Center-TV', 'Bilder', and 'Historie'. Another callout box labeled 'Links zu früheren Homepages' points to the 'Historie' section, which lists 'Homepage 2006-2010' and 'Homepage 2002-2006'. The main content area features a 'Persönliches' section with a photo of Martin Dörmann, a 'Pressefotos' section with a link to 'Zu den Fotos', and an 'Aktuelle Dokumente' section with links to 'Datenblatt', 'Jahrbuch 2010', 'Info-Broschüre 2010 (2,9MB)', 'Bilanz 2005-2009 (3,1MB)', and 'Gläserne Taschen'.

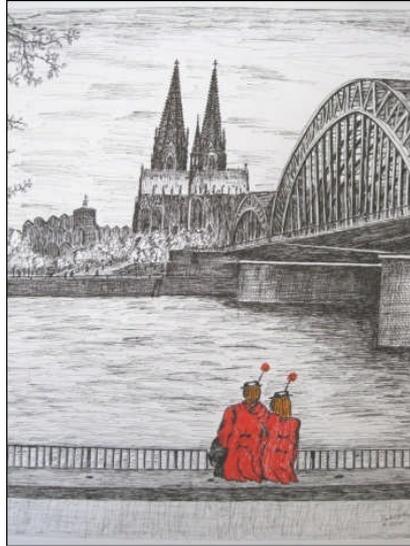
Frühjahrsempfang im Bürgerbüro Porz

Bilderausstellung mit Werken von Helmut Sollig

Am 25. März luden **Martin Dörmann** und **Jochen Ott** sie im Rahmen einer Vernissage zum Frühjahrs-empfang in ihr gemeinsames Büro. Mit zahlreichen, gut ge-
launten Gästen und bei bestem Frühlingswetter wurde die neue Ausstellung im Bürgerbüro feierlich eröffnet.

Jedes halbe Jahr bekommt ein anderer Künstler die Möglichkeit, ausgewählte Werke vorzustellen. Bis dato zierten die Wände des Bürgerbüros die Bilder der Künstlerin **Iris Dücker-Bathe**.

Der neue Künstler ist **Helmut Sollig** aus Porz. Er malt vornehmlich in Öl und Acryl. Die Motive des gebürtigen Schlesi-ers reichen von Landschaften seiner alten Heimat bis hin zu Kölner Motiven wie beispielsweise dem Dom oder der Deutzer Brücke. Einige davon sind in den nächsten sechs Monaten im Bürgerbüro zu bewundern, darunter das abgebildete „Jecken vor dem Dom“.



Im offiziellen Teil des Empfangs dankten Martin Dörmann und Jochen Ott ihren Teams für die gute Zusammenarbeit. Seit letztem Sommer teilen sich der Bundestags- und der Landtagsabgeordnete die Räumlichkeiten in Porz. In einer kurzen Rede erzählte zudem der ausstellende Künstler ein paar Geschichten zu seinen Bildern.

Ein besonderes Geschenk machte der ehemalige Landtags- und Bundestagsabgeordnete **Volkmar Schultz** Jochen Ott. Er überreichte 2 Handwerksbücher des verstorbenen Modellbauschreiners **Otto Däumel** aus den 20er und 30er Jahren, die dessen Witwe Schultz vermacht hatte. Kölns SPD-Vorsitzender Jochen Ott wird diese nun wieder in den Besitz der Gewerkschaft übergeben.

Anschließend bestand die Möglichkeit sich in lockerer Atmosphäre bei einem kleinen Snack und Getränken auszutauschen.

SPD-Frühjahrsempfänge

Gute Stimmung in Rath-Heumar und der Innenstadt

Im Wahlkreis gab es im März und April einige traditionelle Frühjahrsempfänge der SPD, die wieder gut besucht waren und in erster Linie den Gesprächen zwischen Mandatsträgern und Vereinsvertretern dienten.

Beim SPD-Ortsverein Rath-Heumar war in diesem Jahr Hauptredner **Harry K. Voigtsberger**, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. Er sprach zu aktuellen landespolitischen Themen und nahm insbesondere zu verkehrspolitischen Fragen Stellung. Weitere Gäste in einer Talkrunde waren **Martin Dörmann**, die Landtagsabgeordneten **Stephan Gatter** und **Jochen Ott**, Bezirksbürgermeister **Markus Thiele** sowie der Fraktionsvorsitzende der SPD in der Bezirksvertretung Kalk **Oliver Krens**.

Die Besucher des 16. Frühjahrsempfang der Innenstadt-SPD im Filmforum des Museum Ludwig wurden vom neuen Stadtbezirksvorsitzenden **Tim Cremer** begrüßt. Zu Beginn der Veranstaltung zeigte **Lutz Heineking** den zahlreichen Besuchern den Kurzfilm „Die Bewerber“.

Etwa 150 Gäste waren gekommen, um mit der Hauptrednerin **Svenja Schulze**, Wissenschaftsministerin des Landes NRW, und den weiteren Mandats-

trägern der Innenstadt aus Bund, Land und Kommune zu diskutieren. Politisch war das vorherrschende Thema aus aktuellem Anlass die Atompolitik der Bundesregierung.

Den Abschluss des offiziellen Teils bildete eine von Tim Cremer moderierte Talk Runde mit **Stephan Gatter**, **Martin Dörmann**, **Lutz Reifferscheidt**, **Alfred Schulz** und der Ministerin **Svenja Schulze**, in der sich zur aktuellen politischen Lage in Bund, Land und Kommune geäußert wurde.



Tim Cremer und Svenja Schulze

Martin Dörmann und Jochen Ott zu Gast bei Bürgermeister Willi Stadoll

Eine gute Tradition seiner Vorgänger setzt der Porzer Bezirksbürgermeister **Willi Stadoll** fort. Prominente Besucher und lokale Mandatsträger werden eingeladen, sich in ein besonderes Gästebuch des Stadtbezirks einzutragen. Nachdem zwei Bände bereits vollgeschrieben wurden, hat Willi Stadoll ein neues angeschafft, in dem sich kürzlich bereits Landesminister **Harry Voigtsberger** und **Kardinal Meissner** eingetragen haben.



Am 16. Mai waren die Bundstagsabgeordneten **Martin Dörmann** und **Ursula Heinen** sowie Landtagsabgeordneter **Jochen Ott** ins Bezirksrathaus Porz eingeladen. Während sich Frau Heinen wegen einer Terminverpflichtung kurzfristig entschuldigen muss-

te, trugen sich die beiden SPD-Abgeordneten ins Buch ein. Als Geschenk erhielten sie zudem eine Kopie des ersten Porzer Gästebuches miteinem Eintrag von Heinz Rühmann sowie die Anstecknadel mit dem PorzerWappen.



Willi Stadoll, Jochen Ott und Martin Dörmann stießen auf Porz an

Anschließend diskutierte man intensiv über konkrete kommunalpolitische Themen. Willi Stadoll warb um politische Unterstützung für einige besonders wichtige Porzer Anliegen, die Martin Dörmann und Jochen Ott gerne zusagten.



Bezirksbürgermeister Willi Stadoll begrüßte Martin Dörmann in seinem Büro

Wanderausstellung des Deutschen Bundestages im Juli am Rudolfplatz

Ab Montag, den 18. Juli wird die Wanderausstellung des Deutschen Bundestages in der Kölner Innenstadt Station machen. **Martin Dörmann** wird die Ausstellung eröffnen.

Eine Woche lang haben interessierte Besucher die Möglichkeit, sich umfassend über den Deutschen Bundestag und seine Mitglieder zu informieren. In den Räumen der Sparkasse KölnBonn (Hahnenstraße 57) werden zu diesem Zweck Schautafeln mit anschaulich gestalteten Informationen aufgestellt. Zudem besteht auf zwei Computerterminals die Möglichkeit, sich Filme anzusehen oder multimediale Anwendungen zu testen.

Anti – Atomkraft – Demo

Im Rahmen eines deutschlandweiten Protestaufrufes fand am 27. März auch in Köln eine Großdemonstration gegen die Atompolitik der Bundesregierung statt. Deutschlandweit gingen an diesem Tag parallel in Berlin, Hamburg, München und Köln geschätzt über 250.000 Menschen auf die Straßen.

Allein über 40.000 Teilnehmer zählte der Kölner Protestzug, der vom Neumarkt bis hin zur Deutzer Werft zog. Dort fand nach einer Schweigeminute für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Japan die große Abschlusskundgebung statt. Neben Bürgerinnen und Bürgern aller Altersklassen waren auch Vertreter/innen der Politik dabei.



Martin Dörmann, Hannelore Kraft und Ulrich Kelber bei der Demo am Deutzer Rheinufer

Kölner Schülerin beim „Girls Day“ im Bundestag

Im Rahmen des bundesweiten „Girls Day“ hatte die Kölner Schülerin **Annika Krutwig** auf Einladung von **Martin Dörmann** die Chance, mit anderen Mädchen aus ganz Deutschland den Politikalltag im Bundestag einmal hautnah zu erleben.

Der alljährliche Aktionstag, an dem sich auch in diesem Jahr die SPD-Bundestagsfraktion wieder beteiligte, dient dazu, Mädchen und jungen Frauen Einblicke in die Politik zu geben und somit vielleicht Interesse für neue berufliche Wege im Bereich der Politik oder der Medien zu wecken.

In einem gemeinsamen Frühstück erlebten die Mädchen in diesem Jahr den Fraktionsvorsitzenden **Frank-Walter Steinmeier**. Sie begleiteten ihre Abgeordneten, besuchten das Reichstagsgebäude und nahmen an einer Bundestagsitzung teil. Im Rahmen des Planspiels lernten die Teilnehmerinnen den Weg durch die Gesetzgebung kennen.

SPD-Vorsitzende im Wahlkreis

SPD-Stadtbezirk Innenstadt

- **Tim Cremer**

Ortsvereine:

- OV 03 Nord: **Jan Harbach**
- OV 17 Deutz: **Dietmar Ciesla-Baier**
- OV 02 Mitte: **Günter Prautzsch**

SPD-Stadtbezirk Porz

- **Ingo Jureck**

Ortsvereine:

- OV 40 Poll, Ensen, Westhoven: **Simon Bujanowski**
- OV 36 Porz-Wahn, Wahnheide, Lind, Libur: **Christian Joisten**
- OV 37 Porz-Urbach, Elsdorf, Gregel: **Dieter Becker**
- OV 38 Porz-Eil, Finkenberg, Gremberghoven: **Andreas Weidner**
- OV 39 Porz-Mitte, Langel, Zündorf: **Michael Frenzel**

SPD-Stadtbezirk Kalk

- **Detlef Fritz**

Ortsvereine:

- OV 19 Kalk, Humboldt, Gremberg: **Markus Klein**
- OV 20 Höhenberg: **Erwin Thomas**
- OV 21 Rath, Heumar: **Oliver Krems**
- OV 22 Brück/ Neubrück: **Marco Pagano**
- OV 31 Vingst, Ostheim: **Wolfgang Schneider**
- OV 45 Merheim: **Gerrit Krup**

KEC-Verwaltungsrat

Martin Dörmann ist neu in den Verwaltungsrat des Kölner Eishockey Clubs KEC „Die Haie“ e.V. gewählt worden. Der gemeinnützige Traditionsverein kümmert sich in erster Linie um die Jugendarbeit und den Nachwuchs für den Profibereich, der als GmbH ausgegliedert wurde.

„Fraktion vor Ort“ mit den Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Leidenschaftliches Plädoyer für die Bürgerversicherung

Am 16. Mai luden die drei Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann**, **Rolf Mützenich** und **Karl Lauterbach** in ihrer Reihe „Fraktion vor Ort“ zu einer Diskussion über das neue SPD-Konzept zur Bürgerversicherung ein. Im Genoveva-Gymnasium in Mülheim konnten sie über 130 Gäste begrüßen.



Karl Lauterbach erläuterte das SPD-Konzept

Nach der Eröffnung durch Rolf Mützenich folgten die Gäste sehr aufmerksam dem Vortrag von Karl Lauterbach. Dieser erläuterte, drei Faktoren führten dazu, dass die Gesundheitskosten zukünftig in jedem Falle steigen würden: Die Zahl neuer Rentner sei doppelt so hoch wie die der Berufsanfänger. Der medizintechnische Fortschritt sei gut aber eben auch teuer. Und schließlich sterbe man an vielen Krankheiten nicht mehr wie früher, so dass die Zahl

doppelter Erkrankungen und insbesondere von Demenzerkrankungen drastisch zunehme.

Scharf kritisierte Lauterbach die Gesundheitsreform der Bundesregierung. Sie belaste einseitig die Versicherten. Bis 2017 würden die alleine von ihnen aufzubringenden Zusatzbeiträge schon rund 73 Euro monatlich betragen. Dem stellte er das von ihm mit entwickelte neue SPD-Konzept für eine solidarische Bürgerversicherung entgegen, das die Arbeitgeber paritätisch einbezieht und einen aufwachsenden Steueranteil enthält.

Nähere Infos zur Bürgerversicherung in dieser Berlin Depesche auf Seite 18.

Die nächste Fraktion vor Ort-Veranstaltung findet am 12. Juli zum Thema „Kommunal Finanzen“ statt.



Martin Dörmann moderierte die Fragerunde

Parteitag der KölnSPD wählte neuen Vorstand

Jochen Ott mit großer Mehrheit im Amt bestätigt

Am 19. März fand im Bürgerzentrum Köln Chorweiler der ordentliche Unterbezirksparteitag der KölnSPD statt. Im Vordergrund stand dabei neben der Diskussion und Verabschiedung von über 60 Anträgen vor allem die Wahl eines neuen Vorstandes. Mit einer überzeugenden Mehrheit von 83% der 280 Delegiertenstimmen wurde **Jochen Ott** in seiner Position als Vorsitzender bestätigt. Auch die Stellvertreter **Gabriele Hammelrath** und **Bernd Schlößer** wurden wiedergewählt. Neu im engeren Vorstand sind die ehemalige JuSo-Vorsitzende **Tine Hör dum**, als stellvertretende Parteivorsitzende, **Philip Erdle**, als Schatzmeister und Kassierer, so wie **Waltraud Blümcke** als Schriftführerin.

Zum Abschluss seiner Rede brachte Parteichef Jochen Ott die zukünftige Politik der KölnSPD auf den Punkt: „Die KölnSPD ist eine lebendige Partei. Wir sind DIE Großstadt-Volkspartei in Köln, deren Politik

das Ziel verfolgt, die Menschen mitzunehmen mit ihren Sorgen, mit ihren Hoffnungen und ihren Ideen.“



Der neue geschäftsführende Vorstand der Köln SPD

Fragen und Antworten

Am 10. Juli werden alle Einwohner Kölns zum Ausbau des Godorfer Hafens befragt. Nachfolgend wollen wir hierzu die wichtigsten Fragen beantworten.

Warum wird die Befragung durchgeführt?

Eigentlich hatte bereits 2007 der Rat den Bau eines 4. Hafenbeckens beschlossen. 2009 hatte das Verwaltungsgericht das Planungsverfahren allerdings aus formalrechtlichen Gründen gekippt. Der Ausbau ist zudem im Kölner Süden umstritten. Nun soll auf mit der Bürgerbefragung eine endgültige Entscheidung herbeigeführt werden, die breit getragen wird. Die Initiative hierzu stammt von der SPD.

Wie wird abgestimmt?

Spätestens bis zum 29. Mai wird jeder stimmberechtigte Bürger benachrichtigt. Es steht jedem frei, per Brief abzustimmen oder sich am Tag der Befragung im Wahllokal einzufinden. Jeder Stimmberechtigte hat die Möglichkeit, auf die Frage „Soll der Godorfer Hafen weiter ausgebaut werden?“ mit JA oder NEIN zu stimmen.



Wer ist abstimmungsberechtigt?

Stimmberechtigt ist, wer mindestens seit dem 3. Juni 2011 im Gebiet der Stadt Köln gemeldet ist, das 16. Lebensjahr vollendet hat und bis zum 19. Juni 2011 die deutsche Staatsbürgerschaft oder die eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzt.

Welche Bindungskraft hat das Bürgervotum?

Rechtlich hat das Bürgervotum keine bindende Geltung. Alle Ratsfraktionen haben aber angekündigt, sollte sich eine qualifizierte Mehrheit ergeben, sich das Befragungsergebnis zu Eigen zu machen.

Wer unterstützt den Hafenausbau?

Für den Ausbau haben sich neben dem Oberbürgermeister, der SPD und der CDU auch die Gewerkschaften, die IHK und Wirtschaftskammern ausgesprochen.

Worum geht es?

Die Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK) plant in Godorf den Bau eines zusätzlichen Hafenbeckens, zusammen mit der notwendigen Infrastruktur.

Die HGK ist ein kommunales Unternehmen und Eigentümerin der Kölner Häfen. Sie benötigt für den Ausbau ein Areal von etwa zwanzig Hektar. Eine etwa gleich große Fläche bleibt in Sürth als Naherholungs- und Naturschutzgebiet zwischen dem Be-

triebsgelände und der angrenzenden Ortschaft erhalten.

Mit dem Vorhaben sind umfassende Auflagen zum Schutz von Natur und Anwohnern verbunden. Da das neue Hafenbecken in einem geschützten Gebiet geplant ist, wurden umfangreiche Umweltausgleichsmaßnahmen auferlegt. Diese hat die HGK als Bauherrin bereits übererfüllt. Für das geplante Gelände von knapp 20 Hektar entstanden neue Naturschutzflächen im Umfang von 27 Hektar.

Was spricht für den Hafenausbau?

Das wachsende Verkehrsaufkommen macht die Erweiterung der Hafenkapazitäten notwendig. Vor allem der Gütertransport in Containern hat sich in den vergangenen Jahren vervielfacht und wird auch

in Zukunft weiter drastisch zunehmen.

Der Bau eines zusätzlichen Hafenbeckens in Godorf entlastet Köln erheblich von innerstädtischem Lkw-Verkehr. Godorf bietet auch im Vergleich zu denkbaren alternativen

Standorten die besten Voraussetzungen.

Köln ist ein wichtiger Industrie- und Logistikstandort. Die Häfen sind ein zentraler Teil einer Kette, an der mehr als 25.000 Arbeitsplätze hängen. Diese Branche zu stärken und damit die Arbeitsplätze in der Region zu sichern, nutzt vielen Tausend Beschäftigten.

Der Ausbau des Godorfer Hafens geht alle Kölnerinnen und Kölner an. Denn:

- Der Ausbau vermeidet innerstädtischen Lkw-Verkehr. Dadurch entlastet er auch andere Stadtteile und dort wohnenden Bürger.
- Der Godorfer Hafen liegt in direkter Nähe eines großen Industriegebietes. Sein Ausbau findet genau dort statt, wo größere zusätzliche Gütermengen anfallen.
- Ob CO₂-Bilanz, Feinstaub-Ausstoß oder Lärm-Aufkommen: Die Verlagerung von Transporten auf die Bahn und das Schiff schonen direkt Klima und Umwelt.

Der Ausbau des Godorfer Hafens wird bereits seit vielen Jahren diskutiert. Für die Kölner SPD steht fest: Der Ausbau ist nachhaltig, entlastet die Menschen, schont Klima und Umwelt, sichert Arbeitsplätze und ist ein wichtiger Standortfaktor.

Wo erhalte ich zusätzliche Informationen?

Mehr Informationen finden sich beispielsweise auf www.hafenerweiterung.de oder www.koelnspd.de.

Wechsel im Vorsitz des Wirtschaftsausschusses

Ernst Hinsken folgt auf Edward Oswald

Ernst Hinsken (CSU) ist neuer **Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie**. Der 68-jährige Abgeordnete aus Straubing in Niederbayern ist Nachfolger von **Eduard Oswald (CSU)**, der am 23. März zum Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages gewählt wurde.

In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie am 6. April übergab **Martin Dörmann**, der stellvertretender Vorsitzender bleibt, die Sitzungsleitung erstmals an Hinsken, der in den beiden vergangenen Wahlperioden Vorsitzender des Tourismusausschusses war.

Foto rechts: Martin Dörmann und Ernst Hinsken



Novellierung des Telekommunikationsrechts

SPD-Anträge zu Breitbandausbau, Verbraucherschutz und Netzneutralität

Zur anstehenden Novellierung des Telekommunikationsrechts legt die SPD-Bundestagsfraktion gleich drei Bundestagsanträge vor. Sie behandeln wegen der besonderen Bedeutung jeweils ein Schwerpunktthema und gehen insgesamt deutlich über das hinaus, was im von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf enthalten ist.

Bereits eingebracht sind die Anträge für besseren **Verbraucherschutz im Telekommunikationsrecht (Drucksache 17/4875)** und zur gesetzlichen **Absicherung der Netzneutralität (Drucksache 17/5367)**. Voraussichtlich Ende Mai folgt ein Antrag zur Beschleunigung des Breitbandausbaus.

Alle drei Anträge wurden unter Federführung von **Martin Dörmann** erarbeitet, der zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion ist. Nachfolgend Näheres zu den einzelnen Themen.

Verbraucherrechte umfassend stärken

Die SPD fordert die Bundesregierung auf, die Verbraucherinnen und Verbraucher endlich umfassend vor Gefährdungen und Belästigungen zu schützen. Gerade bei Kostenfallen, untergeschobenen Verträgen und Abzocke durch Gewinnversprechen gibt es weiterhin zu wenig oder überhaupt keine Hilfe. Auch wenn die meisten Unternehmen seriös arbeiten, bestehen immer noch offensichtliche Probleme.

Die Bundesregierung hat mit dem "Entwurf eines Gesetzes zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen" einige Verbesserungen vorgelegt. In der Breite aber versagt sie beim Verbraucherschutz in der Telekommunikation.

Enttäuschend ist, dass auch die Kostenfallen im Internet weiter bestehen. Anstatt einen eigenen

Lösungsvorschlag zu machen, wurde der Gesetzentwurf der SPD mit der sogenannten Button-Lösung abgelehnt.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in ihrem Antrag ein Maßnahmenbündel vorgeschlagen, um die Probleme in den Griff zu bekommen. Kostenlose Warteschleifen im Bereich der Servicenummern, die Pflicht zur Preisangabe im Call-by-Call-Verfahren und mehr Rechte für die Verbraucherinnen und Verbraucher bei Umzug und Anbieterwechsel sind notwendig. Diese und weitere Vorschläge müssen in der TKG-Novelle umgesetzt werden.

Teilhabe und Innovation im Internet durch gesetzliche Verankerung der Netzneutralität sichern

Der Charakter des Internet als freies und offenes Medium muss bewahrt und gestärkt werden. Auf Grundlage der Netzneutralität hat sich das Internet als Innovationsmotor für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung erwiesen. Durch den gleichberechtigten Datentransport bestehen optimale Teilhabebedingungen und geringe Marktzugangsbarrieren, weil neue Anwendungen kostengünstig im Netz eingestellt und von den Nutzern frei abgerufen werden können. Deshalb wollen wir das Prinzip der Netzneutralität gesetzlich absichern.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Novellierung des Telekommunikationsgesetzes ist hierfür völlig unzureichend und stellt lediglich eine Übernahme der allgemeinen Vorgaben der EU dar. Im Gesetzestext selbst kommt das Wort Netzneutralität nicht einmal vor

Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion enthält eine Vielzahl konkreter Bestimmungen zur gesetzlichen Absicherung. Netzneutralität soll als eines der Regulierungsziele im Telekommunikationsgesetz verankert und dort definiert werden. Kern der Netzneutralität ist auch weiterhin der Gleichbehandlungsgrundsatz, weshalb ein ausdrückliches Diskriminierungsverbot für den Datentransport erforderlich ist. Das "Any-to-any"-Prinzip soll festgeschrieben werden, wonach jeder grundsätzlich Zugang zu jedem Inhalt im Internet haben und Inhalte selbst anbieten kann.

Netzwerkmanagement soll weiterhin möglich sein, um die Funktionsfähigkeit der Netze zu sichern oder dafür zu sorgen, dass zeitkritische Dienste auch in Überlastungssituationen in der erforderlichen Qualität bei den Endkunden ankommen. Al-

lerdings darf dies keinesfalls zur Verdrängung des heute bekannten "Best-Effort"-Internet führen, das vielmehr weiter ausgebaut werden muss.

Die Bundesnetzagentur soll beauftragt werden, die Einhaltung der Netzneutralität und eine ausreichende "Best-Effort"-Qualität im Internet wirksam zu sichern. So soll sie auch angemessene Mindestqualitätsstandards für die Durchleitung von Datenpaketen festlegen können und einen jährlichen Bericht zum Stand der Netzneutralität erstellen. Bei Verstößen gegen Netzneutralität sollen Kunden ergänzend ein Sonderkündigungsrecht erhalten.

Durch eine auf diese Weise gesetzlich verankerte Netzneutralität können Freiheit, Teilhabe und Innovationskraft im Netz miteinander verbunden und abgesichert werden.

Bundestagsrede von Martin Dörmann zum Breitbandausbau

„Schnelles Internet für alle endlich verwirklichen“

Rede in der Plenardebatte am 12. Mai:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In unserer Informationsgesellschaft nimmt die Bedeutung der Telekommunikation und insbesondere des Internets täglich zu. Darauf muss die Politik konsequent reagieren. Die aktuellen Herausforderungen liegen auf der Hand:

Erstens. Wir benötigen **mehr Verbraucherschutz**, etwa vor Kostenfallen, unseriösen Anbietern oder ärgerlichen Warteschleifen.

Zweitens. Wir brauchen eine **gesetzliche Absicherung der Netzneutralität**. Die Innovationskraft des Internets muss erhalten bleiben. Diskriminierungen müssen von vornherein verhindert werden.

Drittens. Wir brauchen vor allem eine **flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet**. Es darf nicht sein, dass viele Menschen in ländlichen Regionen von der Teilhabe am technologischen Fortschritt abgehängt werden.

Die anstehende **Novellierung des Telekommunikationsgesetzes** ist eine hervorragende Gelegenheit, in all diesen Fragen einen entscheidenden Schritt voranzukommen. Sie ist notwendig geworden, weil es einen neuen EU-Rechtsrahmen gibt, der von den Mitgliedstaaten national umzusetzen ist. Viele Vorgaben der EU zielen in die richtige Richtung und werden von uns deshalb ausdrücklich begrüßt. Ich nenne als Beispiel die Verbesserungen beim Verbraucherschutz oder auch Anreize zu mehr Breitbandinvestitionen.

Insgesamt reichen diese Vorschläge aber bei weitem nicht aus, um den Herausforderungen wirklich gerecht zu werden. Leider, sehr geehrter Herr Kollege Otto, hat sich die Bundesregierung im Wesentlichen darauf beschränkt, die europäischen Vorgaben umzusetzen. Was ich vermisse, ist, dass eigene Impulse gesetzt und weitergehende Konzepte vorgelegt werden. Wir müssen unter dem Strich leider feststellen: **Dieser Gesetzentwurf ist kein großer**

Wurf, sondern in weiten Teilen eher ein Dokument verpasster Chancen.

Ich will Ihnen nur ein konkretes Beispiel nennen. Die Bundesregierung gibt selbst vor, dass **Netzneutralität** auch für sie ein wichtiges Anliegen ist. Dann kann man aber auch erwarten, dass sich das im Gesetzestext niederschlägt. Es ist aber an keiner Stelle des Gesetzestextes selbst das Wort „Netzneutralität“ erwähnt; das muss man erst einmal zustande bringen. Der bloße Hinweis auf Transparenzvorschriften reicht bei weitem nicht aus. Übrigens, selbst die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission Forschung und Innovation hat den Entwurf deshalb als völlig unzureichend kritisiert.



Die **SPD-Bundestagsfraktion** hat bereits eigene **Anträge** zur gesetzlichen Absicherung der Netzneutralität und für besseren Verbraucherschutz vorgelegt. Ein dritter Antrag, und zwar zum Breitbandausbau, folgt in der nächsten Sitzungswoche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Regierungskoalition, wir fordern Sie auf: Sorgen Sie dafür, dass bei dem Gesetzgebungsverfahren, also unter anderem bei den weiteren Beratungen in den Ausschüssen, der TKG-Entwurf deutlich verbessert wird. Greifen Sie dabei unsere Vorschläge auf.

Der größte Handlungsbedarf ergibt sich aus unserer Sicht auch weiterhin beim **Breitbandausbau**.

Schnelles Internet für alle muss endlich flächendeckend realisiert werden. In immer mehr Lebensbereichen wird die Anbindung an das Internet inzwischen vorausgesetzt - sei es in der Schule, im Beruf, bei der Kommunikation zwischen den Menschen oder auch bei Freizeitaktivitäten. Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass noch immer zahlreiche Kommunen keinen angemessenen Breitbandanschluss haben.

An vielen Stellen klafft leider eine **große Lücke zwischen den Ankündigungen der Bundesregierung und ihren Maßnahmen**. So musste die Bundesregierung selbst einräumen, dass ihr Ausbauziel 2010 verfehlt wurde, übrigens weit deutlicher, als es der gerne zitierte Breitbandatlas aussagt; denn der leidet an systematischen Mängeln und bildet die Wirklichkeit in Deutschland nicht ab.

Herr Otto, Sie sagen, zwischen 75 Prozent und 100 Prozent Verwirklichung des 50-Megabit-Ziels klappe nur eine kleine Lücke. Das ist eine Verkehrung der Tatsachen; denn Sie wissen, dass die letzten 25 Prozent die teuersten sind. Deshalb glaube ich, dass die Bundesregierung an Realitätsverlust leidet.

Dort, wo inzwischen **Erfolge** vorzuweisen sind, sind diese **keineswegs auf die Beschlüsse der schwarz-gelben Koalition zurückzuführen**. Ich will daran erinnern: Es war der damalige Vizekanzler **Frank-Walter Steinmeier**, der im Zusammenhang mit dem zweiten Konjunkturpaket überhaupt erst für die Verabschiedung einer Breitbandstrategie gesorgt hat.

Sehr geehrter Herr Otto, in deren Folge kam es dann zur Umsetzung der **Digitalen Dividende**, die Sie jetzt immer gerne zitieren; das heißt, bei der Frequenzversteigerung wurden Ausbaupflichtungen zur **Schließung der weißen Flecken** festgelegt. Auf dieser Grundlage bauen die Mobilfunkunternehmen das mobile Breitband nun mit der neuen, modernen **LTE-Technologie** aus, mit der im ersten Schritt Bandbreiten von wahrscheinlich 3 bis 5 Megabit pro Sekunde realisiert werden. Nach deren Ankündigung können wir davon ausgehen, dass das etwa im Jahre 2012 flächendeckend umgesetzt sein wird.

Die Erfahrung lehrt allerdings auch, dass man mit Ankündigungen vorsichtig sein muss. Um vielleicht verbleibende vereinzelte Lücken tatsächlich zu schließen, macht es aus meiner Sicht deshalb durchaus Sinn, durch eine entsprechende **Universaldienstverpflichtung** eine **Grundversorgung gesetzlich abzusichern**. Die neuen EU-Vorgaben sehen ohnehin vor, dass jeder Mitgliedstaat verpflichtet ist, einen funktionalen Internetzugang als Universaldienst festzulegen. Dies setzt die Bundesregierung ja auch um. Aber die EU eröffnet den Mitgliedstaaten darüber hinaus auch die Möglichkeit, zusätzlich eine feste Bandbreite als Universaldienst festzulegen. Einige EU-Länder haben davon bereits Gebrauch gemacht.

Allerdings sind die Mitgliedstaaten in Bezug auf die **Höhe der Bandbreite** nicht völlig frei. Eine Universaldienstverpflichtung bedeutet einen erheblichen Eingriff in den Markt. Deshalb hat die EU bestimmte Kriterien vorgegeben:

Erstens. Wettbewerbsverzerrungen müssen so weit wie möglich vermieden werden.

Zweitens. Die Ausgestaltung des Universaldienstes muss technologieneutral erfolgen.

Drittens. Die maximale Bandbreite in den Mitgliedstaaten kann nicht beliebig festgelegt werden. Sie hat sich daran zu orientieren, **welche Bandbreite von der Mehrheit der Nutzer tatsächlich verwendet wird**. Nach Einschätzung des Branchenverbandes VATM und auch der Bundesnetzagentur sind das heute Bandbreiten von etwa 2 bis 6 Mbit pro Sekunde, also solche Bandbreiten, die durch den LTE-Ausbau realisiert werden können.

Was aber europarechtlich auf keinen Fall zulässig ist, wäre ein Universaldienst mit höheren Bandbreiten, der neuerdings in einem **Positionspapier der Unionsfraktion** vorgesehen ist. Zu Recht hat dieses Papier deshalb in der Fachwelt heftiges Kopfschütteln ausgelöst. Es ist offenkundig, dass sich die Wirtschaftspolitiker der Union nicht einmal mit den rechtlichen Voraussetzungen für ihre Vorschläge auseinandergesetzt haben. Ich denke, auch dadurch wird die fehlende Ernsthaftigkeit der Regierungskoalition bei diesem Thema dokumentiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben einer **Breitbandgrundversorgung** brauchen wir eine **dynamische Entwicklung**. Der Bedarf nach höherer Bandbreite wird auch weiterhin stark wachsen - alleine schon wegen der wachsenden Zahl der Nutzer und neuer Anwendungen. Unser Ziel als stärkste Wirtschaftsnation in Europa kann nur sein, auch bei der Breitbandinfrastruktur Spitze zu sein.

Wir fordern die Regierungskoalition deshalb auf: Machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben konsequent! Unterlegen Sie Ihre Ausbauziele durch wirkliche Maßnahmen!

Berufen Sie beispielsweise unverzüglich einen nationalen **Breitbandgipfel** mit den Ländern und Kommunen ein; denn wir brauchen ein abgestimmtes Vorgehen, sowohl im Hinblick auf die **Verbesserung der planungsrechtlichen Voraussetzungen** als auch bei der **Abstimmung von Förderprogrammen**. Selbstverständlich setzen wir in erster Linie auf **faire Wettbewerbsbedingungen** und auf gute **Investitionsmöglichkeiten** für die Unternehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zusammenfassen: Seit ihrem Amtsantritt haben wir von der schwarz-gelben Bundesregierung noch keine wirklich neuen und eigenen Impulse für den Breitbandausbau gesehen. Die haben andere gesetzt. Das Internetzeitalter braucht aber keine Politik mit der Geschwindigkeit einer Schnecke. Bitte satteln Sie endlich das Rennpferd!

Zwischenbericht nach einem Jahr Internet-Enquete

Pünktlich zu ihrem ersten Geburtstag hat die Enquete-Kommission Ende April einen Zwischenbericht vorgelegt. Am 5. Mai 2010 konstituierte sich die Enquete-Kommission. Seitdem haben die 34 Mitglieder der Kommission, 17 Bundestagsabgeordnete und 17 externe Sachverständige, in zehn öffentlichen Sitzungen und etwa 45 Projektgruppensitzungen die Themen Netzneutralität, Urheberrecht, Datenschutz und Medienkompetenz diskutiert und öffentliche Anhörungen durchgeführt.

Zudem wurde über die Online-Plattform

www.enquetebeteiligung.de die Möglichkeit geschaffen, die Meinung der Bürgerinnen und Bürger direkt bei den Beratungen zu berücksichtigen.

Bei der kommenden Enquete-Sitzung am 27. Juni sollen die Zwischenergebnisse der bereits bestehenden Projektgruppen inhaltlich diskutiert werden. Danach sollen die noch anstehenden acht Projektgruppen zügig eingesetzt werden, um bis zur parlamentarischen Sommerpause 2012 Handlungsempfehlungen geben zu können.

→ Weitere Informationen zur Enquete-Kommission unter www.bundestag.de/internetenquete

Zukunftsentwurf: SPD-Fraktion erarbeitet Modernisierungskonzepte

Ein Arbeitsprogramm für Deutschland

Die SPD-Bundestagsfraktion hat mehrere Projekte beschlossen, um im Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen Antworten auf zentrale Zukunftsfragen zu erarbeiten. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sagte, die Fraktion werde „im offenen Dialog mit der Wirtschaft, mit Gewerkschaften, mit Intellektuellen, Kreativen und Engagierten fundierte Politik“ entwickeln – und die Übernahme der Regierungsverantwortung vorbereiten.

Die schwarz-gelbe Koalition und Kanzlerin Merkel können den Glaubwürdigkeits-, Vertrauens- und Autoritätsverlust der amtierenden Regierung nicht stoppen. Die Mehrheit der Menschen wünscht sich politische Vernunft und Verlässlichkeit. „Das Land braucht wieder eine seriöse Regierung. Wir müssen uns auf neue Regierungsverantwortung vorbereiten,“ beschreibt SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier die Aufgabe der SPD-Bundestagsfraktion. „Wir müssen jetzt mit aller Leidenschaft für die Sache bessere Antworten auf die herausragenden Probleme geben. Besser heißt: stetig im Kurs, nah an der Realität, tauglich für die Praxis und gerade deshalb vertrauenswürdig.“

Arbeitsprogramm „Deutschland 2020“

Mit dem Arbeitsprogramm „Deutschland 2020“ hat sich die SPD-Bundestagsfraktion bei ihrer Klausursitzung Anfang des Jahres vorgenommen, ein Politikkonzept für die Zukunft unseres Landes zu entwerfen: Deutschland darf unter völlig veränderten demografischen Bedingungen nicht auseinander fallen und Transfergesellschaft werden. Es gilt, die Spaltung zu verhindern und die Mitte zu stärken. Deutschland soll eine Arbeitsgesellschaft von neuer Qualität werden. Erstmals seit Jahrzehnten besteht die historische Chance, Vollbeschäftigung zu erreichen. Das ist das Ziel: Arbeitslosigkeit nicht nur zu bekämpfen, sondern zu besiegen.

Mit der Einrichtung von sieben Projekten hat die SPD-Bundestagsfraktion nun einen entscheidenden Schritt zur Umsetzung ihres ambitionierten Arbeitsprogramms gemacht. Die Projektgruppen werden in den kommenden Monaten zentrale Modernisierungsfragen bearbeiten und im intensiven Austausch mit wichtigen Gruppen in der Gesellschaft neue Antworten auf drängende Zukunftsaufgaben entwickeln. Ziel sei es, „Ideen für ein Land zu bündeln, in dem wir nachhaltig wirtschaften, anders arbeiten und besser leben“, so SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Gemeinsam mit Engagierten und Interessierten in der Gesellschaft wolle die SPD-Fraktion die Zukunft gestalten.

Folgende Projekte wurden eingerichtet:

- Infrastrukturkonsens
Innerhalb dieses Themas verantwortet **Martin Dörmann** die Projektgruppe „Telekommunikationsnetze“.
- Neue Ordnung für Arbeit /Infrastrukturkonsens
- Steuer- und Finanzierungskonzept
- Ganztagschule
- Integration
- Gleichstellung
- Generationenpolitik

Jedes dieser Projekte ist eine Querschnittsaufgabe, die mehr als einen Arbeitsbereich umfasst. „Genau dieser Blick über den Gartenzaun und dieses Zusammenführen von Kompetenzen muss unsere Methode sein,“ schrieb der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier in einem Brief an die Mitglieder der SPD-Fraktion. „Wir werden die Menschen überzeugen – mit einem ansprechenden, weil visionären, mit einem glaubwürdigen, weil realistischen, mit einem zukunftsfähigen, weil nachhaltigen, mit einem richtungsweisenden, weil werteorientierten Regierungsprogramm.“

SPD-Konzept für eine nachhaltige, bezahlbare Energieversorgung

Die SPD-Fraktion hat ein umfassendes Programm für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung vorgelegt – und fordert für die Beratungen über einen beschleunigten Atomausstieg und die Zukunft der Energiepolitik einen Sonderausschuss des Bundestages. SPD-Fraktionschef **Frank-Walter Steinmeier** kritisierte die permanente Umgehung des Parlaments durch Schwarz-Gelb. Union und FDP fehle die Glaubwürdigkeit, eine tragfähige Energiewende einzuleiten.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende bezeichnete es als „Dreistigkeit“ der schwarz-gelben Regierung, erst den bestehenden Konsens in der Atompolitik „in die Tonne zu treten“ und ein halbes Jahr später angesichts der Ereignisse in Japan eine Ethikkommission zu gründen. „Die ethischen Fragen waren in diesem Land beantwortet. Sie haben die Fragen wieder offen gestellt. Und Sie wollten nicht lernen und Sie wollten nicht hören,“ so Steinmeier. Nicht Fukushima, sondern Tschernobyl sei der „Lernort für Politik“ gewesen, der schon vor 25 Jahren gezeigt habe, dass die Kernenergie eine Hochrisikotechnologie ist.

Mit Blick auf die von Kanzlerin Merkel eingesetzte Ethikkommission sagte Steinmeier, das Parlament sei „der ungeliebte Ort der Kanzlerin“. Ob bei der Euro-Rettung, bei der Aussetzung der Wehrpflicht oder beim Moratorium zu den Laufzeiten der Atomkraftwerke – alles sei von der Regierung am Parlament vorbei beschlossen worden. „Damit muss Schluss sein. Der einzige Ort, wo verbindlich über die energiepolitische Zukunft entschieden wird, ist der Deutschen Bundestag.“

Sonderausschuss Atomausstieg und Energiewende

Die SPD-Fraktion fordert deshalb in einem Antrag die Einsetzung eines Sonderausschusses „Atomausstieg und Energiewende“. Der Sonderausschuss soll zum einen die notwendigen Änderungen des Atomgesetzes vorbereiten, um rechtzeitig zum Ende des schwarz-gelben „Moratoriums“ zu gewährleisten, dass die Abschaltung der unsichersten Atomkraftwerke eine stabile gesetzliche Grundlage hat. Außerdem soll der Ausschuss einen Vorschlag zur Anpassung der Sicherheitsforderungen für Atomkraftwerke formulieren. Zum anderen soll der Sonderausschuss einen Weg aufzeigen, um noch in diesem Jahrzehnt aus der Atomkraft auszusteigen und so schnell wie möglich eine vollständige Energieversorgung Deutschlands mit Erneuerbaren Energien zu

erreichen.

SPD-Fraktionschef Steinmeier kritisierte, dass die Regierungsfaktionen den Vorschlag der SPD bereits abgelehnt haben. „Nach unserer Auffassung ist die Einrichtung eines solchen Ausschusses nicht erforderlich,“ heißt es in einem Antwortschreiben der Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und FDP auf einen Brief Steinmeiers. „Ist das Angst oder Ignoranz?“ fragte der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag. „Kaum eine Frage ist für die Zukunft so entscheidend wie die Zukunft der Energiepolitik. Wenn Sie das ernst meinen, darf nicht umstritten sein, dass diese Zukunftsfrage intensivster Diskussion durch das Parlament bedarf.“

SPD-Konzept für nachhaltige Energiewende

Steinmeier kritisierte das „Komplettchaos“, das Schwarz-Gelb mit der „doppelten Kehrtwende in der Energiepolitik“ auch bei der deutschen Energiewirtschaft angerichtet hat. „Wer uns da hineingeführt hat, der kann für sich nicht beanspruchen, den Weg aus diesem Chaos heraus zu kennen. Die Glaubwürdigkeit haben Sie nicht.“

Bei der Frage der zukünftigen Energieversorgung gehe es um Fragen der Lebensqualität, der Umwelt, der Wirtschaft und der Arbeitsplätze. „Das können wir Ihnen nicht alleine überlassen“, sagte Steinmeier. Deshalb habe die SPD einen Vorschlag auf den Tisch gelegt, „wie wir aus der Sackgasse herauskommen.“

In ihrem Konzept für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung zeigt die SPD, wie auf der Grundlage eines schnellen Atomausstiegs und unter Einhaltung der Klimaschutzziele eine tragfähige Energiewende in Deutschland gelingen kann. Das Konzept weist den Weg zu einer Energiewende, bei der die Energieversorgung von fossilen und nuklearen Brennstoffen hin zu einer Energieversorgung auf Basis von Erneuerbaren Energien umgestellt wird. Im Mittelpunkt stehen die Säulen Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Bis zum Jahr 2050 soll eine CO₂-freie Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien erreicht werden. höchstem Niveau gelten.

Chance für einen überparteilichen Konsens nutzen

Deutschland braucht einen breiten gesellschaftlichen und parteiübergreifenden Konsens in der Energiepolitik. Der energiepolitische Sprecher der



SPD-Fraktion **Rolf Hempelmann** sagte: „Die Menschen wollen beschleunigt heraus aus der Kernenergie und beschleunigt hinein in ein Zeitalter der erneuerbaren Energien.“ Jetzt gehe es um einen Konsens, wie dieser Weg konkret gestaltet werden soll. Über die damit verbundenen Fragen – der Versorgungssicherheit, der Bezahlbarkeit für die privaten Verbraucher und die Industrie, der Klimaverträglichkeit – müsse jetzt im Bundestag qualifiziert geredet werden. „Wir haben eine große Chance – und diese Chance sollten wir nicht ungenutzt liegen lassen.“

Es fehlen konkrete Inhalte

Nach einem Gespräch Mitte Mai zwischen Kanzlerin Merkel und der Opposition zeigen sich SPD-Chef **Sigmar Gabriel** und SPD-Generalsekretärin **Andrea Nahles** weiterhin skeptisch. Merkel habe zwar einen Zeitplan für den Atomausstieg vorgelegt, dieser sei jedoch wenig konkret und lasse wirkliche Inhalte vermissen, so Gabriel.

Insbesondere zur Frage wie die Bundesregierung den wegfallenden Atomstrom ersetzen wolle, so wie zur wichtigen Frage nach der Endlagerung fin-

den in den vorgelegten Plänen keine konkreten Pläne.

Gesetzespaket soll im Juni beschlossen werden

Nachdem die von Kanzlerin Merkel eingesetzte Ethikkommission am 30. Mai ihren Abschlussbericht der Regierung vorlegen wird, wird die Bundesregierung am 6. Juni ein Gesetzespaket mit einem Enddatum für die Nutzung von Kernenergie beschließen. Über dieses sollen am 8. Juli Bundestag und Bundesrat entscheiden.

Es bleibt abzuwarten, ob sich die Bundesregierung einen neuen Grund für den Ausstieg aus dem Ausstieg einfallen lässt oder ob den Forderungen der Opposition nachgekommen wird.

Sollte dies der Fall sein, würden nicht nur die zur Zeit stillgelegten Atomkraftwerke umgehend vollkommen vom Netz genommen werden. Experten aus Wirtschaft, Technik und Politik sind sich sicher, dass ein vollständiger Atomausstieg in diesem Fall bereits bis zum Ende des Jahrzehntes möglich wäre.

→ Aktuelle Informationen unter www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56855,00.html

Nachhaltige Bewältigung der Finanzkrise im EURO-Raum

Sozialdemokratische Antworten zur Rettung der Eurozone

Die Rettung des Euro ist weit mehr als ein Akt der Nächstenliebe gegenüber Staaten, die nicht mehr in der Lage sind, ihre Schulden zu bezahlen. Die Rettung des Euro liegt im ureigensten deutschen Interesse.

Die Rückkehr zu nationalen Währungen ginge mit einer massiven Verteuerung unserer Exporte einher, denn mit der Abwertung der anderen Währungen würde die D-Mark aufgewertet. Wechselkursrisiken führten zu weniger Handel. Aber rund 60 % unserer Exporte gehen in die Eurozone.

Lassen wir also die Eurozone zerbrechen, werden die deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Arbeitsplatzabbau die Hauptleidtragenden sein. Der Schaden für Deutschland wäre kaum abzuschätzen. Griechenland dürfte damit erstrecht nicht geholfen sein. Durch die Abwertung und damit Schwächung ihrer Währung wären die Hellenen noch viel weniger in der Lage, ihre Auslandsschulden in Fremdwährung zurück zu zahlen – auch nicht die an Deutschland.

Die Rettung der Eurozone gibt es nicht zum Nulltarif. Aber der Zusammenbruch kostet uns weit mehr, weil er unsere Wirtschaft immens schwächen wird. Mit der Rettung der Eurozone fördern wir Wachstum in allen Ländern und sichern Beschäftigung und Wohlstand.

Ursachen und Krisenmanagement

Das konservative Krisenmanagement hat nicht zur Eindämmung der Krise geführt. Im Gegenteil: Am

Beispiel Griechenland müssen wir leidlich miterleben, dass die Schulden, die im Zuge der Finanzkrise in die Höhe geschossen sind, weiter ansteigen. Und auch Irland und Portugal sind in Not geraten – wenn auch aus sehr unterschiedlichen Gründen.

Natürlich erwarten wir in Griechenland das Ende der Schludrigkeit. Kein Staat kann funktionieren, wenn Steuern nicht erhoben werden. Die Kanzlerin hat aus Wahltaktik eine funktionierende Lösung verschleppt. Aus Ermangelung einer durchdachten Strategie werden uns nun Aufstockungen oder weitere Fonds vorgeschlagen. Genützt hat das bisher wenig.

Die Finanzmärkte konnten wir damit nicht beeindrucken. Unsere Kritik lautete von Anfang an: Die Ursachen der Krise müssen endlich beseitigt werden, ein umfassendes Gesamtkonzept ist gefragt. Und das hat nichts mit immer weiteren Blankoschecks an die krisengebeutelten Staaten zu tun. Die einseitigen Sparkonzepte zu Lasten von Arbeitnehmern, Rentnern und sozialer Infrastruktur sind sicher falsch. Sie eröffnen den betroffenen Ländern keine Perspektive, sich wirtschaftlich zu erholen, um überhaupt in der Lage zu sein, den Haushalt auszugleichen und Schulden zurück zu zahlen.

Nachhaltige Haushaltsführung ja, aber dafür ist wirtschaftliches Wachstum zwingend erforderlich. Vergessen wir aber nicht: Griechenland und Portugal mühen sich unsere Schwesterparteien darum, die Haushalte zu konsolidieren. Sie zahlen dafür einen verdammt hohen Preis. Nicht zuletzt die Blockade-

politik der konservativen Opposition hat Portugal dazu gezwungen, um Hilfen zu bitten.

Unsere Antwort für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa

1. Zum Funktionieren einer Währungsunion müssen die Leistungsbilanzen ausgeglichen sein. Deshalb sind die Ungleichgewichte symmetrisch abzubauen. Es muss endlich Schluss sein mit der Lohnzurückhaltung insbesondere in Deutschland! In den notleidenden Ländern müssen sich die Löhne und Gehälter an Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit orientieren.

2. Zwingend ist eine Banken- und Finanzmarktregulierung. Wir fordern die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer zur Eindämmung von Spekulationen. Wir brauchen mehr als Gläubigerbeteiligung: Mit der Rettung von unterkapitalisierten Banken durch Staatsgarantien muss Schluss sein. Wer ein hohes Risiko eingeht, muss auch dafür haften! Es kann nicht angehen, dass der Staat die Zeche zahlt. Als Gegengewicht zu privaten Ratingagenturen, die mit ihren Bewertungen über die Zukunft von Staaten urteilen, muss eine europäische Ratingagentur installiert werden, die die Bonität von Ländern bewertet.

3. Eurobonds gehören ebenso zur Lösung. Einerseits profitieren durch teilweise Gemeinschaftshaftung alle Länder von den insgesamt niedrigeren Zinsen.

Auf der anderen Seite bleibt der Reformdruck auf verschuldete Staaten durch die weiterexistierenden nationalen Anleihen bestehen. Sicher werden durch Eurobonds Aufschläge für Bundesanleihen fällig, diese werden aber letztlich günstiger sein als ein Zusammenbruch der Währungsunion bzw. ständig neue finanzielle Hilfspakete.

4. Wir fordern einen sofortigen und massiven Zinsnachlass für Griechenland. Zinszahlungen sind eben keine Strafmaßnahmen, die den Staat geißeln sollen. Wirtschaftliches Wachstum ist die Voraussetzung dafür, dass die Finanzierung der Schulden nicht durch neue Kredite erfolgen muss.

5. Ein sozialer Stabilitäts- und Wachstumspakt ist unsere Antwort auf das konservative Wettbewerbsmodell. Unser Ziel eines sozialdemokratischen Europas ist eine demokratische und soziale Wohlstandsunion. Europaweite Mindestlöhne, beispielsweise ausgerichtet an der Höhe nationaler Durchschnittseinkommen, sowie eine Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage mit einem Mindestsatz zur Vermeidung von Steuerdumping gehören dazu.

6. Wir fordern eine vom Deutschen Bundestag und Europäischen Parlament kontrollierte Koordination der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Auch hier müssen wir mehr Demokratie wagen!

Faire Bedingungen bei Arbeitnehmerfreizügigkeit

SPD bekräftigt Forderung nach gesetzlichem Mindestlohn

Seit dem 1. Mai 2011 können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den der EU 2004 beigetretenen Ländern in allen EU-Mitgliedsstaaten leben und arbeiten. Um Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt und vor allem Lohn- und Sozialdumping zu verhindern, benötigen wir klare Lohn- und Arbeitsbedingungen. Allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland muss Sicherheit und Schutz geboten werden. In einem **Antrag der SPD-Bundestagsfraktion (Drs. 17/4530)**, der am 13. Mai abschließend beraten wurde, fordern wir die Regierung auf, eine Ausweitung der prekären Beschäftigung und des Niedriglohnsektors zu verhindern.

Unsere wichtigsten Forderungen:

- Die Maxime „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ muss gelten, ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn als Lohnuntergrenze muss eingeführt werden.
- Alle Branchen müssen in das Arbeitnehmerentendengesetz aufgenommen werden.
- Scheinselbstständigkeit ist zu verhindern.
- Die Zulässigkeit ökologischer und sozialer Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soll in den Vergaberegulungen von EU, Bund und Ländern konkretisiert und erweitert werden. Eine Lohnuntergrenze und Tariftreue müssen Vo-

raussetzungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge sein.

- Die wirksame Kontrolle von Schwarzarbeit sowie eine Generalunternehmerhaftung für den Einsatz von entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind sicherzustellen.
- Registrierungen von Entsendungen bei der Sozialversicherung müssen zur Pflicht werden.
- Eine statistische Erfassung von Entsendetatbeständen ist einzuführen.
- Der Betriebsrat soll ein Mitbestimmungsrecht über Einsatz, Entlohnung und Arbeitsbedingungen von entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erhalten.
- Deutschland braucht mehrsprachige Beratungsstellen für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Auf europäischer Ebene fordern wir die Aufnahme einer Sozialen Fortschrittsklausel ins Primärrecht sowie eine soziale Querschnittsklausel.

Die SPD-Fraktion hatte bereits den **Entwurf eines Mindestlohngesetzes** in den Bundestag eingebracht (**Drs. 17/4665**). Er sieht die Einführung eines allgemeinen, flächendeckenden Mindestlohns vor, der bei Vollzeitbeschäftigung ein existenzsicherndes

Einkommen gewährleistet. Die absolute Untergrenze soll bei 8,50 Euro pro Stunde liegen. Darüber hinaus wird ein Mechanismus vorgeschlagen, der es erlaubt, die Höhe des Mindestlohns jährlich nach oben anzupassen. Union und FDP haben den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion mit ihrer Mehrheit abgelehnt.

Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit in der EU machen die soziale Flankierung des Binnenmarktes noch wichtiger. In der Debatte zur 2./3. Lesung des Gesetzentwurfs forderte die SPD-

Fraktion daher neben dem Mindestlohn weitere Maßnahmen, um Lohn- und Sozialdumping wirksam zu verhindern. Dazu gehören die Durchsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Leiharbeit, wirksame Sanktionsregeln zur Durchsetzung und Kontrolle des von der SPD durchgesetzten Mindestlohns in der Leiharbeit, eine angemessene Ausstattung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit sowie eine umfassende Information und Beratung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den osteuropäischen Ländern.

Bundestag berät Präimplantationsdiagnostik

Debatte über einen neuen gesetzlichen Rahmen

Drei Stunden lang debattierte der Bundestag am 14. April über die gesetzliche Regelung der Präimplantationsdiagnostik (PID). In der von großem Ernst geprägten Debatte tauschten Befürworter wie Gegner einer begrenzten Zulassung von Gentests an künstlich erzeugten Embryonen ihre ethischen und moralischen Argumente aus. Drei Gruppen von Abgeordneten haben jeweils fraktionsübergreifende Gesetzentwürfe eingebracht. Die Forderungen reichen von einer begrenzten Zulassung bis zum vollständigen Verbot. Die endgültige Abstimmung über die Anträge soll noch vor der parlamentarischen Sommerpause im Juli erfolgen.

Als Präimplantationsdiagnostik (PID) werden genetische Tests an Embryonen bezeichnet, die durch künstliche Befruchtung entstanden sind und zum Beispiel auf Erbkrankheiten untersucht werden, bevor sie in die Gebärmutter eingepflanzt werden.

Nach bisheriger Rechtsauffassung war die Präimplantationsdiagnostik durch das Embryonenschutzgesetz verboten. Mitte 2010 hatte der Bundesgerichtshof allerdings ein Grundsatzurteil gefällt und einen Arzt freigesprochen, der genetische Untersuchungen an Embryonen durchgeführt und nur solche Embryonen in die Gebärmutter eingepflanzt hatte, die keinen Gendefekt aufwiesen. Mit seinem Urteil entschied der Bundesgerichtshof, dass die PID entgegen der bisherigen Rechtsauslegung rechtlich zulässig sein kann. Somit obliegt es dem Gesetzgeber zu entscheiden, ob für die PID ein neuer rechtlicher Rahmen geschaffen werden sollte.

Es liegen drei Gesetzesvorschläge vor, die als Gruppenentwürfe eingebracht wurden:

- Ein Vorschlag (**Drs.17/5450**) sieht ein Verbot der PID vor. Einschränkungen oder Ausnahmeregelungen werden als faktisch unmöglich eingeschätzt und bürgen zudem die Gefahr der Ausweitung. Als Grundproblem wird aus Sicht der Antragsteller die Unterscheidung zwischen lebenswertem und nicht lebenswertem Leben betrachtet, die das Grundrecht der Menschenwürde einschränke und Menschen mit Behinderungen diskriminiere. Die vorgeschlagene

Gesetzesänderung betrifft das Gesetz über genetische Untersuchungen bei Menschen (GenDG), das auf PID erweitert und spezifiziert würde.

- Ein weiterer Vorschlag (**Drs.17/5451**) lässt die PID in Ausnahmefällen zu, in denen ein oder beide Elternteile die Veranlagung für eine schwerwiegende Erbkrankheit in sich tragen oder mit einer Tot- oder Fehlgeburt zu rechnen ist. Grundvoraussetzung ist die sorgfältige Diagnostik bei beiden Partnern nach strengen Kriterien sowie die Vornahme des Eingriffs in lizenzierten Zentren. Vorherige Aufklärung und Beratung sowie das positive Votum einer interdisziplinär zusammengesetzten Ethik-Kommission sind dabei verpflichtend. Das Kernargument der Antragsteller ist der Schutz von Frauen und Paaren vor schweren körperlichen und seelischen Belastungen im Hinblick auf die Schwangerschaft sowie die Vermeidung von Spätabbrüchen. Zudem sollen an die PID die gleichen Maßstäbe angelegt werden, wie an die Pränataldiagnostik. Die Gesetzesänderung betrifft das Embryonenschutzgesetz.
- Ein dritter Vorschlag (**Drs.17/5452**) spricht sich für ein Verbot mit engen Ausnahmen aus. Das grundsätzliche Verbot findet keine Anwendung, wenn bei mindestens einem Elternteil eine humangenetisch diagnostizierte Disposition vorliegt, die mit einer hohen Wahrscheinlichkeit zu Fehl- oder Totgeburten oder zum Tod des Kindes im ersten Lebensjahr führt. Im Fokus steht demnach kein bestimmtes Krankheitsbild, sondern die (Über)Lebensfähigkeit des Embryos. Eine Ausweitung auf andere schwere Erbkrankheiten wird abgelehnt, da eine solche Eingrenzung als unmöglich erscheint. Im genannten Ausnahmefall werden Verfahrensregeln wie etwa die Beschränkung auf ein lizenziertes Zentrum, Beratungs-, Dokumentationspflicht, Einzelfallentscheidung einer Ethik-Kommission und Berichtspflicht der Bundesregierung angewandt. Die Gesetzesänderung betrifft das Embryonenschutzgesetz.

SPD-Konzept für eine solidarische Bürgerversicherung

Solidarisch, gerecht und leistungsfähig

Das SPD-Präsidium hat am 11. April 2011 ein Konzept zur Bürgerversicherung beschlossen, das zuvor in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aus Partei und Bundestagsfraktion erarbeitet wurde.

Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich auf eine gute und bezahlbare gesundheitliche Versorgung verlassen können, und zwar unabhängig von ihrem Einkommen. Das Konzept sieht vor, dass zukünftig alle Versicherten zum gleichen Bürgertarif versichern werden sollen.

Mit der Bürgerversicherung soll die solidarische Finanzierung des Gesundheitswesens gestärkt und die bestehende Zwei-Klassen-Medizin überwunden werden. Die Bürgerversicherung bietet die Grundlage dafür, dass in Deutschland auch künftig alle Bürgerinnen und Bürger medizinische Leistungen auf hohem Niveau erhalten werden.

Im Einzelnen sind mit ihr folgende Ziele verbunden:

- Die Bürgerversicherung ist eine Versicherung für alle. Während die Bundesregierung aus der Zwei-Klassen-Medizin mit Zusatzbeiträgen und Kopfpauschalen eine Drei-Klassen-Medizin machen will, sorgen wir dafür, dass alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können. In der Bürgerversicherung entscheidet alleine die Schwere der Krankheit über Art und Schnelligkeit der Behandlung.
- Die Bürgerversicherung ist solidarisch, weil künftig auch die hohen und höchsten Einkommen mit in der Versicherung sind. Es wird zukünftig keine Trennung zwischen gesetzlich und privat Versicherten mehr geben. Damit tragen auch die Besserverdiener zur Bürgerversicherung bei. Zusätzliche Gelder soll die Bürgerversicherung aus Steuern auf Kapitaleinkommen erhalten.
- Die Bürgerversicherung ist gerecht, weil alle gemäß ihres Einkommens in die Versicherung einzahlen. Die Arbeitgeber übernehmen künftig wieder den gleichen Anteil an der Finanzierung wie die Arbeitnehmer. Und wir schaffen eine Möglichkeit für Geringverdiener, sich zu fairen Beiträgen zu versichern.
- Die Bürgerversicherung ist leistungsfähig. Ihre Finanzierung über die drei Säulen Bürgerbeitrag, Arbeitgeberbeitrag und Steuerbeitrag sorgt dafür, dass ausreichend Mittel für die Gesundheitsversorgung zur Verfügung stehen. Durch gleiche Rahmenbedingungen für gesetz-

liche und private Krankenkassen werden falsche Anreize beseitigt, so dass sich alle darum kümmern können, die bestmögliche Versorgung zu gewährleisten.

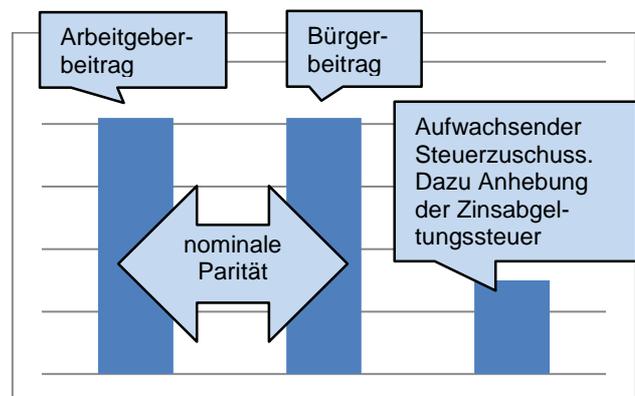
Mit den Vorschlägen soll der Debatte um die Finanzierung des Gesundheitssystems ein neuer Impuls gegeben werden. Es wird ein Konzept vorgelegt, das umsetzbar ist, niemanden finanziell überfordert, bestehende Ungerechtigkeiten und Hindernisse beseitigt und damit die Möglichkeit schafft, die gesundheitliche Versorgung für alle zu verbessern.

Die Bürgerversicherung soll die Teilhabe am medizinischen Fortschritt für alle sichern. Deshalb wird der Leistungskatalog der GKV die einheitliche Grundlage für die Bürgerversicherung sein. Er wird in der gemeinsamen Selbstverwaltung weiterentwickelt. Um die Versicherten vor finanzieller Überforderung und unnötigen Behandlungen zu schützen, werden alle Leistungen wieder grundsätzlich als Sachleistungen ohne Vorkasse gewährt. Außerdem soll eine einheitliche Honorarordnung einführen.

Gleichzeitig muss unser Gesundheitssystem stärker auf die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten sowie auf mehr Prävention ausgerichtet werden.

Mit der Bürgerversicherung soll für alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ein guter Versicherungsschutz gewährleistet sein: Alle heute gesetzlich Versicherten und jeder künftige Krankenversicherte wird automatisch Mitglied.

Mit der Bürgerversicherung wird das Recht aller Versicherten auf eine gleich gute Behandlung gewährleistet. Ein Versicherungssystem für alle. Damit das Versprechen unseres Sozialstaats auf Gesundheit für alle Wirklichkeit werden kann.



Finanzierung der neuen Bürgerversicherung

SERIE: POLITISCHE INTERNETSEITEN

Die politische Kommunikation im und über das Internet gewinnt immer mehr an Bedeutung. In unserer Serie wollen wir „Politische Internetseiten“ vorstellen, die aus sozialdemokratischer Sicht eine besondere Bedeutung haben.

Die bisherige Serie „**Sozialdemokratische Köpfe**“ ist vorerst abgeschlossen. Sie kann aber weiterhin als Sonderausgabe der Berlin Depesche auf unserer Homepage www.martin-doermann.de abgerufen werden.

www.nrwspd.de

Homepage der SPD in NRW

Inhaltliches

Themen

Am Internetauftritt der SPD in NRW fällt zu allererst durch sein sehr individuelles Design auf. Eine Slideshow in Tafeloptik präsentiert auf einen Blick die neusten, aktuellen Nachrichten.

Bietet die Seite alle relevanten Informationen rund um Landtagswahlen, die Partei und ihr Köpfe, so wie eine umfangreiche Liste aller Ortsvereine und Stadtbezirke mit den jeweiligen Internetauftritten.

Zudem gibt es ein umfangreiches Multimediaangebot zu einem breiten Spektrum an Themen.

Struktur

AKTUELL Pressemittelungen Nachrichten Videos vorwärts NRW Termine Newsletter RSS-Newsfeed	LANDTAGSWAHL Hannelore Kraft Sondierungen Landespartei tag TatKraft Plakatkampagne TV- & Radio-Spots Printanzeigen Desktophintergrund	PARTEI SPD vor Ort Aufbau Foren & Arbeitskreise Arbeitsgemeinschaften Geschäftsstelle Satzung Parteitage Beschlüsse Veranstaltungen Zukunftskonvent 09	KÖPFE Landesvorsitzende Generalsekretär Landesvorstand Präsidium Regionalvorsitzende Landtagsabgeordnete Bundtagsabgeordnete Europaabgeordnete OberbürgermeisterInnen Landräte
PRESSE Pressemittelungen Meldungsarchiv Pressestelle	MITGLIEDER Mitglied werden Neumitgliederinfo Parteiarbeit Druckportal ServiceCenter	SERVICE Newsletter Logos Links Fotos Suche Kontakt Anti-Atom-Material	

Zusätzliche Funktionen

Interaktivität

- **Links** zu allen Regional- und Ortsverbänden einfach über eine NRW Karte zu finden
- übersichtlicher **Veranstaltungskalender** mit Importfunktion im iCal und Outlookformat, mit Ansprechpartnern und Ortsangabe via google maps
- Möglichkeit jeden Artikel über **Facebook** und **Twitter** zu teilen
- Umfassende flickr.com **Bildergalerie**
- Downloadarchiv der NRW Ausgabe des **Vortwärtsmagazins** (Archiv ab 2005)
- Umfangreiches **Videoarchiv**
- Bildergalerie der letzten **Wahlwerbeplakate**, dazu im Wahlkampf die aktuellen **TV Werbespots** mit Sendeterminen

Besonderheit



Als besonderen Service bietet die Seite der NRW SPD einen RSS Newsfeed an. Dieser kann abonniert und in einem Reader gelesen oder in den eigenen Blog integriert werden. Eingestellt werden ausgewählte Artikel. Passend dazu wird eine Liste von verschiedenen RSS Readern für alle Betriebssysteme (Microsoft, Mac und Linux) mit ausführlicher Anleitung angeboten.

www.nrwspd.de

Aufgabenschwerpunkte: Wirtschaft und Medien

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatter der SPD-Fraktion für Medien, Telekommunikation und Raumfahrt

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340

Tel.: 030 / 227 734 18

Fax: 030 / 227 763 48

martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Marc Drögemöller,
Jens Zimmer

Öffnungszeiten

Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer, Esther Frenzel,
Nadesha Klugiewicz,
Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 10 bis 18 Uhr
Fr.: 10-14 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Stephan Gatter

Frank Heinz

Öffnungszeiten

Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiterin

Renate Dinkelbach

Öffnungszeiten

Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2011

Die 3., 4., 6., 8., 11., 12., 14., 15., 19., 21., 23., 26., 27., 36., 38., 39., 42., 43., 45., 47., 48., und 50. KW sind Sitzungswochen. Eine Übersicht ist abrufbar unter:

www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

IMPRESSUM

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),
Nadesha Klugiewicz

BILDNACHWEIS

Büro Dörmann
Karl-Heinz Tillmann S.8
Flicker.com (by [tuxbrother](https://www.flickr.com/photos/tuxbrother/)) S.14

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa fünfmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:

martin.doermann@bundestag.de

(Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de



